

Gemeinwohlorientierung der Freien Berufe als Stärke Europas fördern

Positionspapier des Bundesverbandes der Freien Berufe e. V.

Brüssel/Berlin, den 12. Oktober 2017

Bundesverband der Freien Berufe e. V.

Reinhardtstraße 34 – 10117 Berlin – Tel.: +49 30 284444-0 – Fax: +49 30 284444-78

Avenue de Cortenbergh 116 – B-1000 Brüssel – Tel.: +32 2 50010-50 Fax: +32 2 51210-55

Email: info-bfb@freie-berufe.de

www.freie-berufe.de

Kernforderungen

- **Sozialen Zusammenhalt stärken durch Respekt vor nationalen Strukturen, die am Gemeinwohl ausgerichtet sind**
- **Freiberufliche Dienstleistungsqualität gewährleisten**
- **Initiativen im Rahmen der „Sozialen Säule“ auf regionale Gegebenheiten herunterbrechen und KMU-gerecht ausgestalten**
- **Work-Life-Balance stärken, dabei gleichzeitig die Belange der KMUs berücksichtigen**

Vorwort

Die Europäische Kommission hat am 26. April 2017 ihre Vorschläge für ein sozialeres Europa präsentiert (COM (2017) 250 final). Die sogenannte Säule sozialer Rechte ist als Kompass für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa angelegt.

Die Initiative steht vor dem folgenden Hintergrund: Die aktuellen Entwicklungen in Europa – darunter beispielhaft das durch Volksentscheid herbeigeführte Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union – zeigen, dass eine allein an ökonomischen Zielen orientierte Weiterentwicklung der Europäischen Union nicht zukunftsfähig ist. Wirtschaftswachstum ohne soziale Dimension kommt allein einer Minderheit zugute und schwächt so den sozialen Zusammenhalt mit der Folge einer Gefährdung demokratischer Strukturen. Die Erweiterung der Europäischen Unionspolitiken um eine „Soziale Säule“ ist deshalb aus der Sicht der Europäischen Kommission ein notwendiger Schritt, um eine stärkere Bürgernähe herzustellen.

Der BFB begrüßt die Überlegungen der Europäischen Union, soziale Aspekte und Bürgernähe im Binnenmarkt zu stärken. Dabei muss gewährleistet sein, dass die verschiedenen Europäischen Fachpolitiken (Binnenmarkt, Wettbewerb etc.) konsistent auf dieses übergeordnete Ziel ausgerichtet werden und dass die Europäische Kommission im Rahmen der ihr zugewiesenen Kompetenzen agiert.

Den Freien Berufen, die sich durch ihre Bürgernähe in besonderem Maße auszeichnen, kommt hierbei eine tragende Rolle zu.

I. Sozialen Zusammenhalt stärken durch Respekt vor nationalen Strukturen, die am Gemeinwohl ausgerichtet sind

Der soziale Zusammenhalt in Deutschland beruht maßgeblich darauf, dass die Interessen des Einzelnen und der Allgemeinheit fair austariert sind. Die im System der Freien Berufe verankerte Gemeinwohlorientierung bringt dies idealtypisch zum Ausdruck. Die freiberufliche Dienstleistungserbringung ist keine Dienstleistung „wie jede andere“ und unterliegt deshalb Regularien, welche der reinen Gewinnmaximierung aus wirtschaftlichen Gründen die sozialen Interessen der Allgemeinheit entgegenstellt. Das Gemeinwohl ist bei den Freien Berufen integraler Bestandteil der Dienstleistungserbringung selbst und nicht nachgelagertes Korrekturmodul, wie beispielsweise Haftungsverpflichtungen oder staatliche Subventionen.

Der BFB fordert, dass die unmittelbare Gemeinwohlorientierung freiberuflicher Dienstleistungen auch auf europäischer Ebene mehr Anerkennung erfährt.

Der BFB weist darauf hin, dass freiberufliche Dienstleistungserbringung vielfach in Kernbereichen des Sozialstaates erfolgt. Dazu gehört in Deutschland beispielsweise eine flächendeckend hochwertige Gesundheitsversorgung, gleicher Zugang zum Recht für alle

Bevölkerungsgruppen, Steuergerechtigkeit und nachhaltiges – mithin ressourcenschonendes-
Bauen. Auch im internationalen Standortwettbewerb sind dies Pluspunkte.

In all diesen Kernbereichen „nahe am Menschen“ erwarten die Bürger eine entsprechende
hochwertige Qualität. Dafür und für die flächendeckende Verfügbarkeit von freiberuflichen
Dienstleistungen setzt sich die Selbstverwaltung aus Kammern und Verbänden ein. Die
Berufszulassungs- und Berufsausübungsregeln der Freien Berufe sind ein notwendiger
Bestandteil des gewachsenen und funktionierenden Qualitätssicherungssystems der
Selbstverwaltung.

Aus Sicht des BFB ist es daher zwingend, bewährte nationale Strukturen in die europäische
Politik zum Ausbau eines sozialen Europas miteinzubeziehen. Dabei gilt es die bestehenden
nationalen Zuständigkeiten zu wahren. Insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich sind
es die Mitgliedstaaten, die für die Organisation ihrer nationalen Systeme verantwortlich sind.
Europäische Maßnahmen müssen daher darauf gerichtet sein, die Wahrnehmung dieser
Verantwortung zum Wohle der Bürger zu stärken, und dürfen wichtige Bestandteile dieser
Systeme nicht beeinträchtigen. **Der BFB betont daher**, dass die Schaffung einer Sozialen Säule
Europas eine Neujustierung der Binnenmarktpolitik der europäischen Union bedingt; denn
gegenwärtig orientiert sich der Ausbau des europäischen Binnenmarktes einseitig an rein
wirtschaftlichen Interessen. Soziale Aspekte, das Gemeinwohl und die Bedürfnisse der
Verbraucher treten demgegenüber erkennbar in den Hintergrund.

II. Initiativen im Rahmen der „Sozialen Säule“ auf regionale Gegebenheiten herunterbrechen und KMU-gerecht ausgestalten

Die Schaffung einer Sozialen Säule der europäischen Politik soll die Europäische Union
„bürgernah“ machen und mithin eine stärkere Akzeptanz der Unionspolitik bewirken. Dies
kann jedoch nur gelingen, wenn dabei gewachsene regionale Strukturen einbezogen
werden. Denn das Lebensumfeld der Bürger und mithin die Lebensqualität der
Europäischen Union wird vornehmlich durch die lokalen Gegebenheiten bestimmt.

Der BFB unterstreicht, dass die Freien Berufe lokal und nah am Bürger tätig sind. Sie zählen
zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), sind tief in der Gesellschaft verankert
und prägen die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Die flächendeckende Versorgung mit
freiberuflichen Dienstleistungen, wie Gesundheitsdienstleistungen, rechts- und
steuerberatenden Dienstleistungen und Architektur und Baukultur sind ein bestimmender
Faktor für die Lebensqualität in der Region.

Eine Wirtschaftspolitik, die auf die Stärkung großer, global tätiger Unternehmen
ausgerichtet ist, geht oftmals an den Bedürfnissen von Freiberuflern vorbei, die sich in der
Regel durch kleine Betriebsgrößen, eine stabile Belegschaft, einen häufig regionalen Bezug

und eine oft langjährige Verwurzelung vor Ort auszeichnen. Von der Bürokratie, die mit der Umsetzung neuer Gesetze, Verordnungen etc. einhergeht, sind sie als KMUs jedoch häufig gleichermaßen oder sogar überproportional betroffen.

Der BFB fordert, die wirtschaftlichen Bedingungen für KMUs attraktiver zu gestalten und insbesondere Verwaltungsaufwand und Kosten zu reduzieren.

Der BFB betont, dass Freiberufler als regional tätige Wirtschaftsunternehmen in besonderem Maße auf den Ausbau regionaler Standortbedingungen angewiesen sind. Dies gilt es zu bedenken, wenn im Rahmen der „Sozialen Säule“ beispielsweise zur work-life-balance neue Standards der Arbeitswelt gesetzt werden. So bedarf es zur Umsetzung vor Ort erheblicher (nationaler) Anstrengungen, beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze oder beim Breitbandausbau.

III. Work-Life-Balance stärken, dabei gleichzeitig die Belange der KMUs berücksichtigen

Die Freien Berufe sind als Arbeitgeber zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. Der Anteil an Frauen in den Freien Berufen selbst, aber auch in den sie unterstützenden Ausbildungsberufen, ist besonders hoch. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann deshalb dazu beitragen, dem demographischen Wandel zu begegnen und Fachkräftepotenziale zu heben.

Der BFB unterstützt daher die Initiative der Europäischen Kommission zur Stärkung der Sozialen Säule auch die work-life-balance künftig mehr in den Fokus europäischer Politiken zu rücken. Dabei sollte der Geschlechtergerechtigkeit eine entscheidende Rolle zukommen.

Geeignete Maßnahmen zur Förderung der Balance zwischen dem Arbeits- und dem Privatleben müssen jedoch die Belange kleinerer und mittlere Unternehmen berücksichtigen.

Darüber hinaus **betont der BFB**, dass Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht ausschließlich auf die Arbeitnehmer / Arbeitgeberperspektive fokussiert werden dürfen. Insbesondere junge Selbständige und Gründer müssen bei staatlichen Maßnahmen künftig stärker berücksichtigt werden.

IV. Dienstleistungsqualität gewährleisten

Freiberufliche Dienstleistungserbringung erfolgt in den Kernbereichen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Hier umfassen soziale Aspekte neben der flächendeckenden Versorgung auch die Qualität der freiberuflichen Dienstleistung. Die freiberufliche Selbstverwaltung gewährleistet mittels eines verzahnten und effizienten Netzes an Berufszulassungs- und Ausübungsregelungen eine hohe Dienstleistungsqualität.

Der **BFB betont**, dass die freiberufliche Selbstverwaltung sowohl aufgrund der hohen fachlichen Expertise als auch durch die Sachnähe ein sehr effizientes System der Qualitätssicherung bietet. Der **BFB fordert** daher, die Leistungsfähigkeit des Systems der freiberuflichen Selbstverwaltung auch auf europäischer Ebene anzuerkennen.

Die zunehmende Tendenz, Qualitätsniveaus in der Leistungserbringung und in der Qualifikation der Leistungserbringer vorrangig den wirtschaftlichen Interessen des Binnenmarktes unterzuordnen, anstelle sie an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten, **sieht der BFB sehr kritisch**. Der soziale Zusammenhalt in Europa und damit auch die Akzeptanz Europas bei den Bürgern wird nur steigen, wenn bereits laufende Initiativen wie die Transparenzinitiative und das Dienstleistungspaket grundlegend nachgebessert werden und wenn bei künftigen Vorhaben von vornherein der soziale Aspekt berücksichtigt wird.